

23. April 2019

**Vorlage Nr. 163**  
für die Sitzung der  
**Deputation für Kultur**  
(staatlich)  
**am 30. April 2019**

**Bericht zur neu geschaffenen Kultur-Ministerkonferenz**

**A Problem**

Der Abgeordnete Dr. Robert Hodonyi hat um einen Bericht zur neu geschaffenen Kultur-Ministerkonferenz (Kultur-MK) innerhalb der Kultusministerkonferenz (KMK) gebeten.

**B Lösung**

Der Senator für Kultur berichtet zur neu geschaffenen Kultur-Ministerkonferenz wie folgt:

Ausgangslage:

Im Winter 2017 unternahm Rheinland-Pfalz den Vorstoß, mittels einer eigenen Konferenzstruktur der für Kultur zuständigen Minister und Senatoren die Abstimmung der Länderinteressen untereinander besser zu koordinieren und gleichzeitig der Kulturpolitik als einem Kernstück der Kulturhoheit der Länder wieder zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen, gerade auch gegenüber dem Bund.

So sollten Vorhaben und Entwicklungen von nationalem Interesse künftig besser zwischen Bund und Ländern abgestimmt werden. Hintergrund der Anregung von Minister Prof. Dr. Wolf (Rheinland-Pfalz) war die Tatsache, dass im Rahmen der Kultusministerkonferenz die Belange der Kultur - schon allein zeitlich und ablesbar an den Tagesordnungen – einen eher untergeordneten Rang einnahmen und somit eine wirksame Koordination und Interessenvertretung stark erschwert wurde.

Der Senator für Kultur teilt die inhaltliche Einschätzung von Rheinland-Pfalz und hat daher den Vorschlag von Beginn an unterstützt.

Im weiteren Verlauf der Diskussion ab dem Frühjahr 2018 verständigten sich die Kulturminister und -senatoren der Länder auf folgendes Vorgehen, das bei der Plenarsitzung der KMK am 11. Oktober 2018 in Berlin einstimmig beschlossen wurde:

Es wird innerhalb der KMK eine neue Organisationsstruktur geschaffen, die sich nach der Geschäftsordnung (GO) der KMK konstituiert (Abschnitt A I. Ziff. 4). Nach der GO sind getrennte Beratungen für einen der drei Politikbereiche der KMK (Bildung, Wissenschaft oder Kultur) möglich.

Die neue Kultur-MK bleibt somit ein Teil der KMK, und auch ihre Beschlüsse gelten laut GO automatisch als Beschlüsse der gesamten KMK. Das neue Gremium tritt i.d.R. zweimal im Jahr zusammen, und zwar in Frühjahrs- und Herbstsitzungen. Die Kultur-MK beschließt ein Arbeitsprogramm. Die Vorbereitung erfolgt i.d.R. durch den Kulturausschuss der KMK. Die Beratungen werden in einen Länderteil und einen gemeinsamen Teil mit dem Bund ge-

gliedert. Letzterer soll das bisherige kulturpolitische Spitzengespräch mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ersetzen.

Beraten werden sollen besonders Themen grundsätzlicher oder überregionaler kulturpolitischer Bedeutung mit dem Ziel der gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung. Dazu zählen auch die Aufnahme von neuen, gemeinsamen Finanzierungen oder Finanzierungen von großer Bedeutung sowie Angelegenheiten, die gegenüber dem Bund oder den Kommunen zu vertreten sind. Hinzu treten Angelegenheiten, die im Bundesrat beraten werden oder eine vertiefte kulturpolitische Meinungsbildung erfordern.

Der Vorsitz der neuen Kultur-MK wird an den Turnus der Ministerpräsidentenkonferenz gekoppelt. Somit übernimmt der Hamburger Kultursenator Dr. Brosda ab 2019 den Vorsitz. Die Geschäftsführung erfolgt weiterhin über das zuständige Referat des Sekretariats der KMK. Hierzu wurde die Schaffung von zwei zusätzlichen Personalstellen am Dienort Bonn beschlossen.

Im Juni 2021 soll erneut über diese neuen Strukturen beraten werden.

Der Senator für Kultur begrüßt die Einsetzung der neuen Kultur-MK, da eine bessere Abstimmung zwischen den Ländern und eine effektivere Wahrnehmung der Länderinteressen in der Kulturpolitik im bremischen Interesse liegt.

#### Erste Sitzung am 13. März 2019:

Am 13. März 2019 fand in Berlin die erste Sitzung der neu geschaffenen Kultur-MK statt, an der Staatsrätin Emigholz für das Kulturressort teilnahm.

Thematisiert wurden dabei unter anderem der Umgang mit dem kolonialen Erbe in Museen und Sammlungen sowie eine Erklärung der Kultur-MK für Kunstfreiheit, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Solidarität und gegen Rassismus. Hinzu kam in drei Tagesordnungspunkten die Diskussion über eine bessere Abstimmung in der Kulturförderung zwischen Bund und Ländern. In einer Reihe von Themen wurde die Diskussion im zweiten Teil der Sitzung gemeinsam im kulturpolitischen Spitzengespräch mit der Beauftragten für Kultur und Medien, Staatsministerin Prof. Grütters, und – zum Punkt Kolonialismus – mit der Staatsministerin für internationale Kultur- und Bildungspolitik beim Bundesminister des Auswärtigen, Michelle Müntefering, fortgeführt.

So verabschiedete die Kultur-MK einstimmig eine Erklärung, die sich klar zur Freiheit der Kunst positioniert und deutlich macht, dass es das Recht künstlerischer Arbeit ist, gesellschaftspolitische Fragestellungen zu reflektieren und Stellung zu beziehen.

Gemeinsam mit dem Bund und den kommunalen Spitzenverbänden wurden „Erste Eckpunkte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“ beschlossen. Dieses Papier unterstreicht die historische Verantwortung Deutschlands, Kernpunkte sind eine transparente Inventarisierung und die Aufforderung an Einrichtungen, die über entsprechendes Kulturgut verfügen, ihre Anstrengungen in der Provenienzforschung zu verstärken. Zudem stehen die Unterzeichner zu einer generellen Bereitschaft zur Rückführung. Für Kulturgut und menschliche Überreste, deren Aneignung aus moralisch-ethischen Gründen aus heutiger Perspektive nicht mehr vertretbar ist, sollen die Voraussetzungen zur Rückgabe im Konsens mit den Herkunftsgesellschaften getroffen werden.

Zu diesem Thema ist Bremen neben den Ländern Hamburg, Thüringen und Brandenburg einer Protokollerklärung des Landes Berlin beigetreten, die den Kolonialismus als ein auf Vorstellungen kultureller und biologischer Ungleichwertigkeit basierendes System von Herrschafts-, Gewalt- und Ausbeutungsverhältnissen beschreibt, das dialogische Prinzip als leitend bei der Aufarbeitung definiert und weitere Schritte der umfassenden Aufarbeitung fordert.

Weiterhin wurde mit dem Bund eine besser abgestimmte und engere Zusammenarbeit bei Förderprogrammen vereinbart.

## **C Abstimmung**

Nicht erforderlich

## **D Finanzielle Auswirkungen, Gender-Prüfung**

Diese Vorlage ist ein Bericht, und dieser hat als solcher keine finanziellen und genderrelevanten Auswirkungen.

Auf Grund der neuen Konferenzstruktur wird es eine personelle Aufstockung beim KMK-Sekretariat geben, die nach Königsteiner Schlüssel von den Ländern finanziert wird. Für Bremen wird nach derzeitigem Stand mit Mehrausgaben von 1500 € p.a gerechnet.

## **E Beschlussvorschlag**

Die Deputation nimmt den Bericht zur neuen Kultur-MK zur Kenntnis.